

Frank Adler • Ulrich Schachtschneider\*

## Sozial-ökologische Reduktion – unverzichtbar für linke Transformationsstrategien

**Zusammenfassung:** Wir plädieren dafür, eine Reduktion des Wirtschaftsumfangs als eine linke Strategie sozial-ökologischer Transformation zu stärken. Der öko-modernisierende Weg, klimapolitisch entscheidende Ziele bis 2030 zu erreichen, wird wahrscheinlich scheitern. Umso dringlicher ist es, auch ohne immer weitergehenden Einsatz von finanziellen Ressourcen mit hohen Renditeerwartungen und Rebound-Effekten den ökologischen Fußabdruck des Globalen Nordens drastisch zu verringern. Dies wird auf heftige Widerstände treffen, weswegen die gesellschaftliche Linke heikle Fragen, blinde Flecken, Vorbehalte und Missverständnisse in Bezug auf eine sozial-ökologische Reduktion thematisieren sollte.

**Schlagwörter:** sozial-ökologische Transformation, Postwachstum, Degrowth, linke Transformationsstrategien, sozial-ökologische Reduktion

### Socio-Ecological Reduction – Indispensable for Left Transformation Strategies

**Abstract:** We argue for strengthening a reduction in the scale of economic activity as a left strategy of socio-ecological transformation. The eco-modernising path of achieving climate policy decisive goals by 2030 is likely to fail. This makes it all the more urgent to drastically reduce the ecological footprint of the Global North, even without ever more extensive use of financial resources with high expected returns and rebound effects. This will meet fierce resistance, which is why the social left should address sensitive questions, blind spots, reservations and misunderstandings regarding socio-ecological reduction.

**Keywords:** Socio-Ecological Transformation, Degrowth, Leftist Transformation Strategies, Socio-Ecological Reduction

---

\* Frank Adler ist Soziologe, forscht und publiziert zu Postwachstum/Degrowth und sozial-ökologischer Transformation. | Ulrich Schachtschneider arbeitet als Energieberater und freier Sozialwissenschaftler zu den Themen soziale Energiewende, Grundeinkommen und Postwachstumspolitiken.

## 1. Wirtschaftswachstum als blinder Fleck in linken Transformationsstrategien

**B**lickt man auf die vergleichsweise ambitionierten Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen (THGE) bis 2030 der deutschen Ampel-Koalition und auch der EU, so zeigt sich, dass die Strategie der »ökologischen Modernisierung« dominiert: Die ökologische Krise soll im Wesentlichen mit wachstumsbasierten öko-technologischen und industriepolitisch flankierten Maßnahmenbündeln beantwortet werden, während soziale Fragen ausgeblendet bleiben.

Dagegen setzen linke Strategien der »sozial-ökologischen Transformation« darauf, dass wesentlich auch die sozial-ökonomischen Verhältnisse transformiert werden müssen, um die ökologische Krise zu bearbeiten. Es geht dabei nicht nur um das (klassisch linke) Verkleinern der Armut-Reichtumsschere, sondern um eine demokratische Ermächtigungsstrategie gegen die (kränkelnde) neoliberale Hegemonie: um mehr (staatlich-partizipative) Planung statt Markt, um eine Ausweitung öffentlichen Eigentums, aber auch um mehr direkte Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene. Zentraler Bestandteil ist zudem die Forcierung von sektoralem Wandel durch Investitionslenkung. Statt zur Produktion von (ergrüneten) materiellen Gütern soll sich die Wirtschaftstätigkeit hin zu Dienstleistungen wandeln: zur Bereitstellung öffentlichen Verkehrs statt der Produktion von Autos, zu Bildung, Gesundheit und Pflege (Care-Ökonomie), zu öffentlich verfügbaren oder günstigen Basisgütern statt zur Produktion von profitträchtigen Luxusgütern.

Linke Strategien favorisieren häufig eine mittlere Kritik-, Analyse- und Kampagnenebene: Branchenkonzepte (Energie, Autoindustrie, Chemie) werden erstellt oder bestimmte Politikbereiche (z.B. Arbeits- oder Wohnungspolitik) in den Blick genommen (etwa Lehndorff 2022; Witt 2022; Candeias/Krull 2022; Wissen u.a. 2021). Aussagen zur gesamten Wirtschaft zielen zwar allgemein auf die Notwendigkeit einer Demokratisierung und eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs, bleiben aber analytisch hinter den Einzelkonzepten zurück. Offensichtlich wird davon ausgegangen, dass sich die Summe der Einzelkonzepte, die Ressourceneinsparungen ausweisen, schon zu einer stofflichen Gesamtreduktion der Naturbelastung aufsummieren beziehungsweise »runter-reduzieren« wird. Davon kann jedoch keineswegs ausgegangen werden.

Die Makroebene im Blick hat zwar beispielsweise die »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik«. Ihr jüngstes Memorandum (2022) hinterlässt aber ein widersprüchliches Bild. Einerseits dürfe »der quantitative Umfang der materiellen Güter« nicht »von dem der Kapitalverwertung innewohnenden Wachstumsdrang immer weiter aufgebläht werden« und sei »letztlich zu reduzieren« (2022: 14). Zugleich hoffen die Autor\*innen auf »eine (absolute) Entkopplung der Stoffströme von der wirtschaftlichen Entwicklung« durch »gezielte Ressourceneffizienzpolitik« und »konsequente zirkuläre Wirtschaft« (2022: 12). Die Bedeutung dieser Aussage bleibt unklar. Ist mit »wirtschaftlicher Entwicklung« im herkömmlichen Sinne das Wachstum des BIP gemeint?

Oder ist es ein Ausdruck für einen davon unabhängigen wirtschaftlichen Fortschritt im Sinne einer Verbesserung der Lebensumstände – was auch immer darunter verstanden wird. Wenn ein Wachstum des BIP gemeint ist, wird – hierin übereinstimmend mit der Strategie der »Ökologischen Modernisierung« – von der Möglichkeit ausgegangen, den ökologischen Fußabdruck vom Umfang der Wirtschaftstätigkeit durch ressourceneffiziente Techniken ausreichend zu entkoppeln. Daran gibt es zumindest großen Zweifel (Jackson 2017; Kallis 2018; Hickel/Kallis 2020).

Die Autor\*innen des Memorandums vermeiden eine Aussage zu dieser Entkopplungsfrage beziehungsweise – wenn sie abschlägig beschieden wird – zu der daraus folgenden Notwendigkeit, auch eine Reduktion des Wirtschaftsumfangs in das Konzept der sozial-ökologischen Transformation einzubauen. Das ist kein Einzelfall. Die Konsequenzen, die sich aus der Notwendigkeit für eine drastische Reduktion des stofflich-energetischen Durchsatzes wahrscheinlich ergeben, werden in vielen linken Transformationskizzen nicht gesehen (z.B. Brie 2021; Dörre 2021).<sup>1</sup> Weiteres BIP-Wachstum und – als weitere Konsequenz – ebenso eine darauf basierende gesellschaftliche Stabilität werden nicht fortsetzbar sein. Das mag unterschiedliche Gründe haben: Überschät-

zung technologischer Machbarkeiten, Zweifel an der politischen Durchsetzbarkeit, befürchtete Differenzen mit Gewerkschaften, Sorge um eine sich vertiefende Frontstellung zum Gros der traditionellen Arbeiterklasse, die am Erhalt ihres soziokulturellen und materiellen Status Quo orientiert ist, die Befürchtung, die Finanzierung der staatlichen Investitionsoffensiven nicht leisten zu können oder damit in eine Inflation oder Überschuldung zu geraten, möglicherweise aber auch Fehlwahrnehmungen von Postwachstum beziehungsweise Degrowth etc. (ausführlicher Adler 2022: 417 ff.). Diese Zurückhaltung scheint uns aber aus mehreren Gründen nicht angemessen:

*Erstens* ist eine ausreichende Entkopplung theoretisch nicht zu erwarten: Die Möglichkeit ausreichend großer und rechtzeitiger absoluter Entkopplung zwischen BIP-Wachstum und ökologischem Fußabdruck ist sehr unwahrscheinlich: Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müsste Deutschland in den nächsten 27 Jahren eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von jährlich etwa drei Prozent (bezogen auf 1990) erreichen. Von 2010 bis 2019 wurden in Deutschland jährlich etwa ein Prozent eingespart. Bei der starken Rezession 2020 (ein Minus des BIP von 3,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr) wurden neun Prozent weniger emittiert. Empirisch ist festzustellen, dass Reduktionen von drei bis vier Prozent nur in Zeiten ökonomischer Reduktionen erreicht wurden (Kallis 2018). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Ressourcen: Die Rohstoffproduktivität ist zwar von 2000 bis 2016 um 35 Prozent gestiegen. Da die Wirtschaft im selben Zeitraum aber um 39 Prozent wuchs,

1 Positive Bezugnahmen auf weniger Wirtschaftstätigkeit als Bestandteil sozial-ökologischer Transformation oder eines »grünen Sozialismus« finden sich hingegen bei Brand (2021), Candeias (2022), Morgenthaler/Thiele 2021, Wissen/Brand (2022) oder Zelik (2020), mit anderer Stoßrichtung sehr deutlich bei Herrmann (2022).

erhöhte sich der Ressourceneinsatz im In- und Ausland um drei Prozent. »Eine explizite Betrachtung der Möglichkeit der Einhaltung mehrerer beziehungsweise aller planetaren Grenzen bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaftsleistung ist den Autor/innen dieser Studie nicht bekannt«, heißt es in einer Studie des Umweltbundesamts (2018: 39). Grund dafür, dass die Gesamtwirkung von ressourcensparenden Innovationen systematisch überschätzt wird, ist: In einzelnen Sektoren mühselig erreichte Einsparungen werden durch diverse Rebound-Effekte wieder zunichte gemacht. Finanzielle Rebounds entstehen etwa, wenn Effizienzsteigerungen bei einzelnen Produkten zu Ersparnissen führen, die dann für andere Produkte ausgegeben werden. Materielle Rebounds entstehen durch erhöhten Bedarf an (neuen) Rohstoffen bei Basisinnovationen oder durch die parallele Nutzung von Alt und Neu.

*Zweitens* bestehen absehbare Umsetzungsschwierigkeiten: Selbst wenn es einen Masterplan für eine so schnelle Steigerung der Ressourceneffizienz geben würde, dass die ökologischen Ziele auch bei der Nebenwirkung weiteres Wachstum erreicht werden würden, ist zu erwarten, dass das sehr viel langsamer geschehen würde als in den relativ leicht zu erstellenden Blaupausen für Reduktionspfade. Schon heute fehlen etwa materielle und personelle Ressourcen bei der energetischen Gebäudesanierung (eine Sanierungsrate von vier Prozent pro Jahr ist notwendig für Klimaneutralität bis 2045, aktuell beträgt sie ein Prozent). Der Ausbau öffentlicher Infrastruktur (etwa Mobilität und Energienetze) erfordert eine

planungsrechtliche Beschleunigung, die auf auch demokratisch legitimierte Widerstände stoßen wird. Diese Schwierigkeiten werden sich in den nächsten Jahren deutlicher manifestieren. Wenn dann an den Reduktionszielen ernsthaft festgehalten werden soll, wird das nur mit größeren Einschränkungen in vielen Produktions- und Konsumbereichen möglich sein.

*Drittens* die Perspektive Gebrauchs-wertorientierung: Weniger monetär bewertetes Wirtschaften bedeutet weniger sozial und ökologisch blinde Tauschwertorientierung. Nicht-monetäre Arbeitsformen wie Gemeinschaftsarbeit, bürgerschaftliche Arbeit, Arbeiten im Kontext solidarischer Ökonomien sind zwar keineswegs ohne Fußabdruck. Er ist aber geringer, denn diese postkapitalistischen Arbeitsformen sind näher an den von ihren Träger\*innen definierten Gebrauchswerten als profitgetriebene Produktionen, denen es primär um den Tauschwert gehen muss. So würden Freiräume jenseits kapitalistischer Erwerbsarbeit geschaffen und damit die »Schicksalsgemeinschaft zwischen dem Kapital und der von ihm abhängigen Bevölkerung«, die Bedrohung der »alltäglichen Reproduktion« durch Rezessionen, sofern keine »organisierten alternativen Wirtschaftsstrukturen« aufgebaut sind, zumindest gelockert werden (Morgenthaler/Thiele 2021: 65).

*Viertens* die Einstellungen »Grün« und »Öko« von links zu problematisieren, kann sich nicht auf die Frage beschränken, wie viel soziales »Rot« jeweils darin steckt im Sinne von materieller Umverteilung, gerechter Übergänge, mehr betrieblicher Mitbestimmung und gesellschaftlicher Investitionslenkung,

um dann davon auszugehen, dass die materiellen Reduktionsziele durch eine derart veränderte Regulationsweise des Kapitalismus erreicht werden könnten. Stattdessen ist zu prüfen, ob die grünen Klimaziele nicht auch auf »reduktive«, suffiziente Pfade angewiesen sind, die zugleich strukturelle und mentale Koppungen vitaler Bedürfnisse an kapitalistisches Wirtschaftswachstum, Konkurrenzfähigkeit, Erwerbsstatus lockern beziehungsweise auflösen könnten.

## 2. »Reduktion« – sozial-ökologisch gestalten

Wachstumskritik und Strategien zur ökologisch begründeten, demokratisch legitimierten und sozial gerecht gestalteten Reduktion des Wirtschaftsumfangs in Ländern des Globalen Nordens werden nicht nur klimapolitisch dringlicher. Sie gehören auch ins Zentrum linker Konzepte einer sozial-ökologischen Transformation, die imperiale Lebensweisen zurückdrängen will. Die politische Umsetzung kann als »Suffizienzpolitik« (Schneidewind/Zahrnt 2013: 165) verstanden werden. Schneidewind und Zahrnt differenzieren diese in »Ermöglichung« (z.B. Arbeits- oder Bildungspolitik), »Rahmen«-Setzung (z.B. Infrastrukturen, Verteilungspolitik, Wohlstandsmaße), »Gestalten« (z.B. Mobilität, Wohnen, Ernährung) und »Orientierung« (z.B. Entschleunigung, Entrümpelung, Entkommerzialisierung). Eine Reihe von Reformansätzen aus diesen vier Bereichen sind heute schon Bestandteil linker Transformationsansätze. Andere, vor allem mit einer anderen Kultur und einer anderen Auffassung vom »guten Leben« verbundene reduktive

Politiken wie »Entschleunigung« oder »Entrümpelung« finden sich dort hingegen kaum.

Reduktive Politiken beziehungsweise »Postwachstumspolitiken« (Adler/Schachtschneider 2017) sind hauptsächlich soziale, politisch zu gestaltende Innovationen, die ohne umfangreiche finanzielle Investitionen und ohne materiell umfängliche technische Innovationen mit je eigenen ökologischen Fußabdrücken und Rebound-Effekten auskommen, etwa: Erwerbsarbeitszeiten (geschlechter-)gerecht verringern – als direkter reduktiver Schritt, als solidarischer Puffer für die entfallenen Arbeitszeiten in den abgewickelten Bereichen, als Freiraum für Eigenarbeit, für Muße oder zum Verlernen problematischer Praktiken; ökonomische Basissicherheit in einer schrumpfenden Wirtschaft gewährleisten durch Grundeinkommen und/oder freien Zugang zu Basisgütern und -dienstleistungen (*Universal Basic Services*); Einkommens- und Vermögensungleichheit verringern, etwa durch umverteilende gewerkschaftliche und staatliche Lohnpolitiken sowie Vermögens- und Erbschaftssteuern mit dem Ziel, das ökonomische Oben und Unten an eine mittlere Bandbreite des reduzierten Naturverbrauchs anzunähern; Wirtschaftsförderung (auch) als Unterstützung lokaler nicht-monetärer wirtschaftlicher Betätigung (z.B. Praktiken der gemeinsamen Nutzung bei Maschinen, Wohnraum, Automobilität) zu praktizieren (vgl. Kopatz 2017).

Die meisten dieser Suffizienz ermöglichenden Politiken sind heute schon Bestandteil sozial-ökologischer Transformationskonzepte. Hinzukommen müssen aber Rückbaupolitiken wie

etwa: Verbote und/oder Moratorien für Investitionen, die ökologisch besonders problematische Pfadabhängigkeiten zementieren (z.B. neue Flugplätze, Autobahnen); kontinuierlich sinkende Obergrenzen für den Verbrauch ökologisch problematischer Produkte (z.B. Autos/Fleisch) oder Naturverbräuche (z.B. Flächenversiegelung, Rohstoffentnahmen); strengere Regulierung von Werbung, etwa durch Verbote bei besonders klimaschädlichen Produkten und/oder Pflichten zum Labeln des ökologischen Fußabdrucks der Produkte und Dienstleistungen.

Sie könnten schrittweise – je nach Kräfteverhältnis – sofort praktiziert werden oder aber zumindest als Reservestrategie (klimapolitische »Notbremse«) vorbereitet werden. Das könnte beispielsweise bedeuten: Werden die angestrebten Klimaziele auf den bisherigen Wegen nicht erreicht, tritt eine Streich-, Rückbau-, Verbots-, Kontingierungsliste in Kraft. Viele dieser reduktiven Politiken sind allerdings, würden sie ohne komplementäre Reformen oder einschränkende Bedingungen eingeführt, nicht ohne problematische Nebenwirkungen. Aufgabe einer Strategieentwicklung für eine reduktive sozial-ökologische Transformation ist es, diese zu thematisieren und darauf antwortende Politiken zu entwickeln. Aber auch jenseits dieser Anforderungen hat eine Politik der Reduktion insgesamt mit riskanten (Neben-)Folgen zu rechnen:

Wenn das BIP sinkt, wie ist der Übergang zu einem wachstumsunabhängigen Typus von sozialer und institutioneller Stabilität zu sichern? Deutschland wird seinen traditionellen Status als

Exportchampion einbüßen – könnte es Vorreiter eines neuen gebrauchswertorientierten Typs von Technologien und Gütern (langlebig, abfallfrei, reparaturfreundlich) oder gar eines neuen »Systemwettbewerbs« um mehr und sichere Lebensqualität für alle werden? Eine Politik jenseits der Akzeptanz eines wesentlich durch Markt und Wettbewerb bestimmten Wirtschaftswachstums impliziert zudem: Es ist viel mehr und anders als jetzt gesellschaftlich zu *gestalten* (konsultativ, politisch, öffentlich). Wie und mit welchen Verfahren ist praktisch zu sichern, dass die politisch-institutionellen Eingriffe tatsächlich demokratisch legitimiert sind? Wie wäre den Tendenzen zu einer bürokratisch-expertokratischen Herrschaft vorzubeugen?

Selbst die nur »moderate« Politik ökologischer Modernisierung führt heute schon zur Verstärkung eines »regressiv-autoritären« Lagers (Eversberg 2020), das in der sozial-ökologischen Transformation eine Bedrohung seiner Lebensweise und seines kulturellen und ökonomischen Status sieht und sich mehr oder weniger aktiv gegen weitergehende ökologische Politiken stellt (z.B. Einschränkung von Fleischproduktion, Energiewende, Tempolimit). Bei deutlicheren Einschränkungen im Rahmen von Rückbaupolitiken droht dieses Lager sich weiter zu vergrößern. Das Potenzial der AfD als kompromissloseste Partei zur Verteidigung der imperialen Lebensweise ist längst nicht ausgeschöpft und wirkt einschränkend auf die Bereitschaft anderer Parteien, deutlicher voranzugehen. Natürlich sollte der reaktionär angestachelte Gegenwind nicht dazu führen, das eigene

Projekt aufzugeben. Die Frage ist aber, wie es genügend Zustimmung oder zumindest Akzeptanz auch für eine reduktive Politik geben kann: Kann sie Bestandteil sein eines sozial-ökologischen Transformationsverständnisses, das ein hegemonialer »sozialer Block« trägt, ohne dass sie von allen dessen Teilen als eigenes elementares Anliegen interpretiert wird?

### **3. »Reduktive Wende«: Bruch trotz Anknüpfungen**

So stark reduktives Denken von gängigen (neoliberalen, öko-modernisierenden) Vorstellungen abweicht, so bietet doch die gegenwärtige Situation auch *Anknüpfungspunkte* dafür. Jüngere Erfahrungen wie Flutkatastrophen und Hitzesommer, Coronapandemie und Energiekrise haben das gesellschaftliche Klima und Alltagspraktiken verändert. Einschränkungen, die durch äußere Umstände induziert sind, und politische Eingriffe in Marktmechanismen und persönliche Gewohnheiten, die darauf reagieren, erscheinen nicht als völlig abwegig. Manche frühere scheinbare ökonomische Selbstverständlichkeit der formal freien Verfügung auf einem freien Markt ist in den vergangenen drei Jahren durch neue Erfahrungen brüchig geworden:

Knappheiten, Engpässe und Kontingenzierungen werden politisch verhandelt und sind Gegenstand präventiver Gesetzgebung (z.B. Energiesicherungsverordnungen). Globale Wertschöpfungsketten sind unterbrochen und werden als fragil wahrgenommen. Es gibt politische Debatten um soziale Preisgestaltungen, etwa bei Bahnti-

ckets, Strom- und Wärmepreisen. Insgesamt ist eine Zunahme angedachter oder auch realisierter staatlich-regulatorischer Interventionen in ökonomische und alltägliche Beziehungen zu beobachten.

Die Rückkehr zu früheren »Normalitäten« scheint ungewiss: Wenn sich abzeichnet, dass öko-technologische Offensiven nicht den erwünschten klimapolitischen Erfolg haben (können) und zugleich Symptome eines krisenhaften »Degrowth by Disaster« stärker den Alltag prägen, könnten ökologisch gezielte, sozial gerechte und demokratisch entschiedene Reduktionen des Gesamtumfangs der Produktion und des Konsums mehr Akzeptanz finden. Was innerhalb der reduzierten wirtschaftlichen Aktivitäten noch wachsen soll und was – neben THGE – schrumpfen muss, würde dann allerdings über die jetzt unmittelbar betroffenen Branchen und Gruppen hinaus zu einem zentralen *gesellschaftlichen Konfliktfeld*.

Das eröffnet gleichzeitig neue Chancen, den Horizont für sozial-ökologische Transformationen zu weiten, die Hegemonie des für den Kapitalismus notwendigen, aber ökologisch und sozial blinden Wachstumsparadigmas einzudämmen und emanzipatorische Alternativen konkret und offensiv in Konflikte und Diskurse einzubringen. Nicht die unterschiedlichen Label (Postwachstum, Ökosozialismus, Suffizienz, Gutes Leben etc.) dafür sind wichtig, sondern ihre wesentlichen Gemeinsamkeiten: Reduktion von Produktion und Konsumtion, sozial gerecht gestaltet als Gewinn an Lebensqualität und die darauf gerichteten politischen Forderungen.

Dennoch: Eine »reduktive Wende« in Verständnis und Praxis sozial-ökologischer Transformationen ist ein tiefer Einschnitt und hat mit vielfältigen Hemmnissen und heftigen *Widerständen* zu rechnen. Darauf sollte sich die gesellschaftliche Linke diskursiv und praxispolitisch einstellen und in diesem Kontext heikle Fragen, blinde Flecken, Vorbehalte und Missverständnisse thematisieren:

*Erstens:* Warum überhaupt sind Reduktionen notwendig, die über jetzige THGE-Reduktionsziele hinausgehen? Hier wäre eine »Offensive« ratsam, die sich richtet gegen den Glauben an eine nahezu unbegrenzte ökologische Problemlösungspotenz von Technik und Technologie, die Illusionen einer ökologisch neutralen Fortsetzbarkeit von BIP-Wachstum dank hundertprozentiger Energieeffizienz-Basis und Kreislaufwirtschaft, die Unterbewertung der Materialität von Wissens-, Dienstleistungsökonomie, Digitalisierung und »kulturalisiertem« Konsum.

*Zweitens:* Welche Branchen, Güter, Technologien, Konsum-, Freizeit-, Mobilitätspraktiken gehören mittel- und langfristig auf eine schon jetzt öffentlich – gegen scharfen Gegenwind – zu diskutierende »Streichliste«, über die bekannten »Verdächtigen« (Rüstung, Werbung, Verpackungen, SUVs, Inlandsflüge, Privatflugzeuge, Pkw-Tempos, öko-schädliche Subventionen etc.) hinaus? Wie wäre eine solche ökologisch und demokratisch legitimierte Auswahl politisch und ökonomisch praktisch umzusetzen, dabei Stabilität bei BIP-Schrumpfung zu sichern und soziale Kosten vertrauensbildend, gerecht, deprivilegierend und nach dem

ökologischen Verursacherprinzip zu verteilen?

*Drittens:* Was bedeuten öko-sozial begründete BIP-Reduktionen – über die unmittelbaren Betroffenen hinaus – für *Kaufkraft und Konsum unterer und mittlerer Einkommensklassen*? Durch welche Umverteilungs- und Grundversicherungspolitiken ließe sich bei einem kleiner werdenden gesellschaftlichen Produkt die ökonomische Ungleichheit gleichzeitig verringern? Wie kann verhindert werden, dass Verknappungen zu Kostensteigerungen führen, die Ärmere nicht tragen können. Welche Rolle etwa könnten Konzepte für einen kostenlosen beziehungsweise kostengünstigen Basisverbrauch für alle spielen?

*Viertens:* Was bedeuten ein Bekenntnis zur und eine Politik für Reduktion für die Beteiligung von *Gewerkschaften* an Allianzen für sozial-ökologische Transformation (vgl. Lucht/Liebig 2023; Kaiser 2023)? Zwar lässt sich gut begründen, dass ein sozial gerecht verringerter ökologischer Fußabdruck, der mit einem reduzierten BIP einhergeht, die Lebensqualität insgesamt steigern kann, auch anknüpfend an zentrale gewerkschaftliche Forderungen (»Gute Arbeit«). Die Umsetzung von (ökologisch verantwortbaren) Produktivitätszuwachsen in erwerbsarbeitsfreie Zeit und Arbeitsentlastungen könnte mehrheitsfähig sein, auch wenn die gewerkschaftlich mobilisierungsbereite Klientel heute noch eher für Einkommenszuwächse erreichbar ist und dies zudem leichter durchsetzbar ist in Kämpfen mit der Kapitalseite. Diffizil wären aber ökologisch begründete Beschränkungen (gar Verbote) im konsumtiven Bereich, die

viele Lohnabhängige in mittleren und unteren Einkommensklassen betreffen. Sie könnten als weiterer Statusverlust empfunden werden.

*Fünftens:* Durch welche *Politiken für einen Kulturwandel* könnten die konkurrente Selbstverwirklichung beziehungsweise -inszenierung und die kompensatorische Bedürfnisbefriedigung in einer sozial ungleichen, neoliberal »verwettbewerblichten« und »singularisierten« Gesellschaft zurückgedrängt werden? Durch welche Praktiken könnten Bedürfnisse nach Vergleich, Wetteifern, nach Neuem oder nach sozialer Anerkennung auf weniger problematische »Objekte« umorientiert werden? Könnten konsumtive Bedarfe reduziert werden, indem ihre Ursachen (z.B. Kompensation für »Bad Jobs«; patriarchale Männlichkeitsnormen) eingedämmt oder attraktive Alternativen geboten werden? Ist ein Kulturwandel hin zu postmateriellen Werten ein legitimes Ziel eines liberalen Staates, der sich nach gängiger Auffassung bei der Bestimmung und Förderung individueller Lebensziele herauszuhalten hat? Oder darf und soll er »Basisgüter« aktiv fördern wie »Freundschaft« (jenseits von ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen), »Anerkennung« (die ein Mindestmaß an ökonomischer Gleichheit voraussetzt), »Sicherheit« (gegen diverse Unbilden, nicht nur ökonomischer Art) oder »Muße« (Zeit für nicht-instrumentelle Tätigkeiten), die kulturübergreifend in hunderten von Studien von Menschen als das Wichtigste in ihrem Leben genannt werden (Skidelsky/Skidelsky 2013)?

*Sechstens:* Können Forderungen nach *bedingungsloser Grundsicherung*

die mit Verknappungen und Umwälzungen auftretenden Abstiegs- und Verlustängste kontern? Wenn ja, wie aber ist die Wirkung von Konzepten wie dem bedingungslosen Grundeinkommen (geldlich) auf das monetäre Wachstum der Wirtschaft? Erfordert das möglicherweise eine Ausweitung des BIP? Doch auch der dazu alternativ oder ergänzend vorgeschlagene freie Zugang zu materiellen Basisgütern (*Universal Basic Services*) könnte weiteres Wachstum nötig machen.

Ziel von Debatten um diese und weitere Problemfelder herum kann nicht sein, diese »entscheidungsreif ausdiskutieren« oder Mehrheiten zu überzeugen. Eher geht es zunächst darum, Probleme zuzuspitzen, mögliche Lösungen vorstellbar zu machen und kritische Massen zu erreichen.

Neben einer Debatte um einzelne, hier beispielhaft aufgeführte Problemfelder ist eine generelle Diskussion darüber nötig, warum Reduktion von links offenbar häufig nicht als ein passendes »Projekt« in der aktuellen Lage gesehen wird. Natürlich ist es keineswegs so, dass eine sozial-ökologische Transformation, die jenseits des Mainstreams von ökologischer Modernisierung auf Umverteilung, Care-Revolution (sektoraler Wandel) sowie direktdemokratische Planung setzt, schon mehrheitsfähig ist. Möglicherweise ist die Differenz zwischen einer prinzipiellen Zustimmung, dass ein kultureller Wandel notwendig ist zur Reduktion, und der Ablehnung beziehungsweise Vorsicht, dies explizit zu machen und in entsprechende Forderungen umzusetzen, in der Angst begründet, die heute als erreichbar erscheinenden Koalitionen

für sozial-ökologische Politiken mit kapitalismuszurückdrängender »Nebenwirkung« zu gefährden, sie gar zu überfordern. Möglicherweise steht zudem eine Strategie der Zweistufigkeit Pate, um zunächst durch Zurückdrängung des Neoliberalismus und eine Stärkung der Rolle gesellschaftlicher Planung auf verschiedenen Ebenen den sektoralen und technischen Strukturwandel voranzutreiben, und um erst danach – auf der Basis verringerter Konkurrenzorientierung und einer Verbreiterung solidarischer Praktiken – auch Fragen der Genügsamkeit und der Reduktion anzugehen. Ob ein solcher taktischer und/oder strategischer Aufschub der transformativen Bearbeitung eines elementaren kapitalismusimmanenten Problems der ökologischen Krise – der Persistenz nicht zukunftsfähiger konsumtiver Bedürfnisse – angemessen ist, bleibt zu diskutieren.

## Literatur

- Adler, Frank (2022): Wachstumskritik, Postwachstum, Degrowth. Wegweiser aus der (kapitalistischen) Zivilisationskrise. München.
- / Schachtschneider, Ulrich (Hg.) (2017) Postwachstumspolitik. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2022): Memorandum 2022. Raus aus dem Klimanotstand – Ideen für den Umbruch. Kurzfassung.
- Brand, Ulrich (2021): Wohlstand statt Wachstum. Anregungen der Postwachstumsperspektive für eine emanzipatorische Organisation der Arbeit. In: Aulenbacher, Brigitte u.a. (Hg.): Mosaiklinke Zukunftspfade. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft. Münster: 52–60.
- Brie, Michael (2021): Transformation heißt, das Ganze wagen. Ökonomische Mobilisierung im Kampf gegen den Faschismus USA 1940–1945. Hamburg.
- Candeias, Mario (2022): Der Übergang. In: LuXemburg Online. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/>, Zugriff: 10.2.2023.
- / Krull, Stephan (2022): Spurwechsel. Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hamburg.
- Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin.
- Herrmann, Ulrike (2022): Das Ende des Kapitalismus. Köln.
- Hickel, Jason / Kallis, Giorgos (2020): Is Green Growth Possible? In: New Political Economy 25(4): 469–486. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2019.1598964>.
- Jackson, Tim (2017): Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. München.
- Kallis, Giorgos (2018): Degrowth. The Economy – Key Ideas. Newcastle. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctv5cg82g>.
- Kaiser, Julia (2023): Rückkehr der Konversionsbewegung? Potenziale und Grenzen der Konversionsbestrebungen sozial-ökologischer Bündnisse rund um Autozuliefererwerke. In: PROKLA 210 53(1): 35–53. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i1.2031>.
- Kopatz, Michael (2017): Wirtschaftsförderung 4.0. In: Adler, Frank / Schachtschneider, Ulrich (Hg.) (2017) Postwachstumspolitik. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München: 305–317.
- Lehndorff, Steffen (2022): Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie: Was läuft, wo es hakt, worauf es jetzt ankommt. Ein Überblick über die Studien des Projekts »Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie« im Auftrag der Rosa Luxemburg Stiftung und der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.
- Lucht, Kim / Liebig, Steffen (2023): Sozial-ökologische Bündnisse als Antwort auf Transformationskonflikte. Die Kampagne von ver.di und Fridays for Future im ÖPNV. In: PROKLA 210 53(1): 15–34.

DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.2037>.

Morgenthaler, Ronja / Thiele, Lasse (2021): Den Absprung finden. Mit einem Green New Deal über den Kapitalismus hinaus? In: PROKLA 202 51(1): 53-70. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v51i202.1925>.

Schneidewind, Uwe / Zahrt, Angelika (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München. DOI: <https://doi.org/10.14512/9783865816481>.

Skidelsky, Edward / Skidelsky, Robert (2013): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München.

Umweltbundesamt (Hg.) (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsoption. Dessau-Roßlau.

Wissen, Markus u.a. (2020): Zwischen Modernisierung und sozial-ökologischer Konversion. Konflikte um die Zukunft der österreichischen Autoindustrie. In: Dörre, Klaus / Holzschuh, Madeleine / Köster, Jakob (Hg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt/M./New York: 223-266.

– / Brand, Ulrich (2022): Emanzipatorische Perspektiven im »Anthropozän«. In: PROKLA 207 52(2): 263-281. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i207.1992>.

Witt, Uwe (2022): Klimapolitische Rahmen für den Industrieumbau. Eine Studie im Rahmen des Projekts »Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie« im Auftrag der Rosa Luxemburg Stiftung und der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Online-Studie.

Zelik, Raul: (2020): Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus. Berlin.

# contrast<sup>e</sup>

zeitung für selbstorganisation

**464**      40. JAHRGANG      MAI 2023      4'50 EUR



**SCHWERPUNKT**  
**Solidarische**  
**Landwirtschaft**

**[www.contraste.org](http://www.contraste.org)**

# WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

## 80

### Ukraine, Krieg, linke Positionen

L. Brangsch, F. CovaRi,  
R. Dittmann, J. Geoghegan,  
M. Graft, M. Hainiger, K. Herzig,  
K. Hülsmann, W. Ischler, S. Kersch,  
D. Roth, E. Szakany, D. Klein,  
T. Rottitz, U. Müller,  
H. Frenschholz, B. Ringgen,  
M. Roberts, D. Salomon,  
A. Sauer, P. Scheidt, M. Schlegel,  
A. Speth, A. Ulyanov, N. Weh

Wie agieren Grossmächte in Zeiten geopolitischer Umbrüche – und: Wie können sich linke Kräfte im Klima allseitiger Aufrüstung behaupten? Hilfe für die ukrainische Bevölkerung tut not, und Russlands Krieg ist falsch. Doch sind deswegen die Waffen des Westens richtig?



248 Seiten, Broschur  
ISBN 978-3-85869-994-7

## Ukraine, Krieg, linke Positionen

Wie agieren Grossmächte in Zeiten geopolitischer Umbrüche – und: Wie können sich linke Kräfte im Klima allseitiger Aufrüstung behaupten?

Hilfe für die ukrainische Bevölkerung tut not, und Russlands Krieg ist falsch. Doch sind deswegen die Waffen des Westens richtig?

Einzelheft € 18.–  
Jahresabonnement (2 Hefte) € 27.–  
Förderabonnement (2 Hefte) € 100.–  
Gönner:innen mindestens € 350.– pro Jahr

[www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch)

# SPW

Heft 254

Ausgabe 1 - 2021 | 19,50 Euro

## Städte für alle erneuern – Perspektiven fortschrittlicher Stadtentwicklung

**Birkan Görür**

„Bezahlbares Wohnen, wann?“ – Über die Möglichkeiten für und Unmöglichkeiten gegenüber jungen Menschen in der Wohnungspolitik

**Franziska Drohmel**

„Deutsche Wohnen & Co. enteignen“, Vergesellschaftung und die Situation der SPD in Berlin

**Burkhard Drecher**

Energieerwende von unten: Nachhaltige Stadtentwicklung am Beispiel der Innovation City Böttrich

**Gordian Ezazi und Marc Hertzer**

Air der „grünen Steckdose“ in Hamm: Transformation im westfälischen Ruhrgebiet

© Birkbeck, University of London



„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“

[www.spw.de](http://www.spw.de)